

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 10

Artikel: Spannungsfeld Islam-Islamismus im Übergang zum 21. Jahrhundert
Autor: Tibi, Bassam
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165191>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bassam Tibi

Spannungsfeld Islam-Islamismus im Übergang zum 21. Jahrhundert*

Die meisten Experten für Weltpolitik stimmen dem grossen britischen Historiker *Eric Hobsbawn* in seiner Aussage zu, dass die neunziger Jahre unserer Gegenwart die krisenbeladenste und historisch signifikanteste Periode unseres Jahrhunderts sei. Zeitungsleser werden oft nicht mit Beiträgen verwöhnt, die unsere krisenhafte Zeit verstehen helfen, eben weil jene kaum zwischen *news* und Analyse unterscheiden. Als ein Wissenschaftler, der auch im Journalismus tätig ist, verbinde ich mit dieser Kritik kein Vorurteil, sondern nur einen Hinweis auf eine störende Erscheinung im Journalismus. Auf unseren Gegenstand bezogen, interessieren sich die meisten Journalisten für das Aktuelle, ohne *news* in grössere Zusammenhänge einzubinden; viele Journalisten weisen tiefgründige Analysen mit dem arroganten Hinweis, sie seien «akademisch», zurück, als wäre das Denken über und das Verstehen von Zeiterscheinungen ein Monopol der Wissenschaftler. Nicht weniger enttäuschend sind auch viele Wissenschaftler, welche die Beschäftigung mit Aktualitäten als eine gering geschätzte Domäne der Journalisten von sich abweisen. Kurzum: Wir haben grosse Lücken in unserem Wissen über unsere krisenhafte Gegenwart, die ja unsere Existenz angeht. Ich will im folgenden lediglich den Versuch unternehmen, den Islamismus, die grösste Herausforderung an Europa und gleichermassen an die Welt des Islam im Übergang zum 21. Jahrhundert, besser zu verstehen.

Eine allgemeine Voraussetzung hierfür ist einleitend erforderlich: Wir müssen verstehen, dass die Grenzlinien der Konflikte unserer Epoche nach dem Ende des kalten Krieges nicht mehr jene zwischen Staaten und Staatenblöcken sind. Ich habe immer die Position vertreten, dass interkulturelle Konflikte eine grössere Reichweite hätten und habe dies oft ohne Resonanz mit meinen Fachkollegen diskutiert. Erst nachdem kürzlich *Samuel P. Huntington*, in seinem in «*Foreign Affairs*» und im Vorabdruck in den grössten Weltzeitungen veröffentlichten Aufsatz über die «*Frontlinien zwischen den Zivilisationen*» die jüngst gewonnene Einsicht artikulierte, dass alle zentralen Konflikte der Zukunft solche zwischen Zivilisationen sein würden, ist der interkulturelle Konflikt ins Blickfeld der Politikanalytiker aufgenommen worden. Huntington schreibt warnend, dass, wenn ein dritter Weltkrieg je stattfinden würde, dieser dann ein solcher zwischen Zivilisationen sei. Ohne es auszusprechen, macht Huntington in seinen Ausführungen deutlich, dass der Konflikt zwischen den beiden verfeindeten Zivilisationen, der

«Welt des Islam» und dem «Westen», den höchsten Platz in der Rangordnung der Konflikte einnimmt. Als Begründer der Wissenschaft der Islamologie im deutschsprachigen Raum (Islamologie ist eine Sozialwissenschaft; sie ist *nicht mit* der philologischen alt-historischen *Islamwissenschaft zu verwechseln*) möchte ich behaupten, dass der Konflikt zwischen diesen historisch verfeindeten Zivilisationen die Weltpolitik und auch die Innenpolitik Europas im Übergang zum 21. Jahrhundert prägen wird.

Nach der Auflösung der Bipolarität als der bisherigen Ordnungsstruktur des internationalen Systems im Gefolge der Beendigung des kalten Krieges bestand zunächst grosse Hoffnung auf einen Weltfrieden. Stattdessen traten neue, die Globalstrukturen des internationalen Systems herausfordernde politische Kräfte auf, an deren vorderster Stelle der ethnische Nationalismus, der zur Desintegration der Nationalstaaten führt, sowie religiöse Ideologien wie z. B. der Islamismus, die den internationalen Konsens unterminieren, stehen. Weltblöcke scheinen sich nunmehr nicht länger nach politischen, sondern vorwiegend nach religiös-ethnischen Kriterien zu ordnen. Über die Deutung des Islamismus zerbrechen sich die Beobachter immer noch den Kopf; oft werden wissenschaftliche Ergebnisse von denjenigen, die den Begriff verwenden, gar nicht zur Kenntnis genommen. Ein Synonym für Islamismus ist der «Fundamentalismus». Dieser Begriff wird als ein Schimpfwort popularisiert¹.

Islamismus ist vom Islam zu unterscheiden

Meine Deutung des Islamismus als eine Ausprägung des Fundamentalismus ist gut begründbar. Islamismus ist – wie alle -ismen – nicht mit der Grundbedeutung *Islam* zu verwechseln. Der Islam ist eine monotheistische, dreizehn (nach der islamischen Zeitrechnung vierzehn) Jahrhunderte alte Religion, die mit der Entstehung einer entsprechenden Zivilisation eng verbunden ist. Die historische Tradition des Islam ist vielfältig und umfasst gleichermassen die tolerante Theologie des *Sufi-Islam*, die in der Religion eine alle Menschheit verbindende Gottesliebe sieht, sowie die Philosophie des islamischen Rationalismus, aber auch die antiintellektuelle Richtung der islamischen Orthodoxie. Wenn wir uns der Gegenwart zuwenden, dann können wir in der gesamten Welt des Islam – besonders in ihrem nahöstlichen Kern – die anhaltende Verbreitung einer neuen politischen Ideologie beobachten, die man Islamismus nennt. Islam und Islamismus sind also streng voneinander zu trennende Gegenstände, und ich möchte mit allem Nachdruck auf diese zentrale Unterscheidung hinweisen. Der Respekt vor dem Islam als einer Weltreligion, einem kulturellen System und als einer Weltzivilisation darf nicht auf den Islamismus übertragen werden. Denn der Islamismus ist eine neue, totalitäre politische Richtung, die in unserer

Gegenwart auch jene Muslime bedroht (man denke an die zahlreichen Morde in Ägypten, Algerien und in der Türkei), die nicht an diese Ideologie glauben. Der Islamismus gelangte durch die Migration auch nach Europa. Wer die geistigen Strömungen des Islamismus von innen kennt und mit dem Hass, den seine Exponenten gegen den Westen predigen, vertraut ist, hat keinen Zweifel daran, dass die Bedrohung Europas als Gegenstand des eingangs angeführten Konflikts zwischen Zivilisationen in Zukunft auf der Tagesordnung stehen wird.

Der hier verwendete Fundamentalismusbegriff geht auf meine Mitwirkung an dem Grossprojekt «*The Fundamentalism Project*» der *American Academy of Arts and Sciences* zurück. In einem 150 Wissenschaftler umfassenden, regional und thematisch unterteilten Forschungsteam sind wir zu der Feststellung gekommen, dass der religiöse Fundamentalismus eine globale Erscheinung ist, die in unserer Gegenwart fast in allen Religionen beobachtet werden kann. Der islamische Fundamentalismus ragt in diesem Kontext deshalb hervor, weil er ein weltpolitisches Programm für die Zukunft bietet.

Der nichtfachliche Umgang mit dem Fundamentalismus bleibt nicht bei der Verwendung des Begriffes als Schimpfwort stehen; er reicht von der naiven Artikulation der vorwissenschaftlichen Meinung, es handle sich um eine «Fiktion», bis hin zu der nicht haltbaren Identifikation dieses politischen Phänomens mit dem Islam schlechthin oder der soziologischen Bestimmung seiner Anhänger als Vertreter eines radikalen Patriarchalismus. Die Fundamentalisten selbst sprechen in ihren Pamphleten von einer «*kreuzzüglerischen Verschwörung des Westens gegen Dar al-Islam/Haus des Islam*». Ihren Islamismus präsentieren sie als eine «*Revolte gegen den Westen*». Libyens Staatschef *Gadhafi*, der sich selbst als panarabischer Führer bezeichnet, hält die Fundamentalisten für Verschwörer, die zu einer «*teuflischen Strategie kolonialistischer Geheimdienste und Finanzmächte*» gehören. Den Studenten der Universität Tripolis rief er am Samstag, dem 1. Mai 1993, zu: «*Wenn ihr jemanden kennt, der einer von diesen Ketzern ist, dann sollte er wie ein Hund getötet und liquidiert werden. Ohne Prozess (...) Die fundamentalistischen Organisationen sind vom Westen unterwandert und finanziert.*» Laut *Gadhafis* Gusto ist die umfangreiche arabischsprachige fundamentalistische Literatur «*von den Vereinigten Staaten gesteuert*», und er wirft diesen vor, «*die Verbreitung fundamentalistischer Schriften voranzutreiben*». Ein anderer, seriöserer und prominenter islamischer Staatsschef, der ägyptische Präsident *Husni Mubarak*, hat in einem Interview mit der «*Financial Times*» – im Zusammenhang mit dem fundamentalistischen Terroranschlag auf das *World Trade Center* in New York – die Stadt Peshwar als «*Brutstätte des fundamentalistischen Terrors der Islamisten*» bezeichnet und in diesem Kontext den Westen zu einer Kooperation

mit den islamischen Ländern aufgerufen zu dem Zweck, zusammen mit ihnen gegen Terroraktivitäten des islamischen Fundamentalismus vorzugehen. Der Islam ist also vom politischen Aktionismus dieser neuen Variante von Totalitarismus freizusprechen.

Militante «arabische Afghanen»

Die pakistanische Stadt Peshwar, die in der Nähe der afghanischen Grenze liegt, hat während des neunjährigen Afghanistan-Krieges als logistische Basis gleichermassen für die Nachschubversorgung der islamischen *Moudjahidin* mit Waffen aus dem Westen als auch für die Ausbildung für Guerilla-Kriegsführung gedient. Westliche Politiker verdrängen heute die Tatsache, dass die ca. 200 000 afghanischen Moudjahidin, die alle fundamentalistisch orientiert sind, materiell in massiver Weise auf allen Ebenen vom Westen gegen die Sowjetunion unterstützt worden waren. Es trifft zu, dass der Afghanistan-Krieg den Zusammenbruch der Sowjetunion beschleunigt hat. Man darf aber nicht vergessen, dass die Moudjahidin Fundamentalisten, dennoch keine Freunde des Westens sind. Die in sieben Gruppen organisierten etwa 200 000 örtlichen Afghanen haben die ihnen grosszügig überlassenen Waffen ohne Wissen der amerikanischen Nachschubquellen in umfangreichen Waffenarsenalen weit über ihren damaligen Bedarf hinaus gehortet; sie verwenden sie heute für den inner-afghanischen Kampf um die Macht in dem zusammengebrochenen Staat. Zusätzlich zu diesen Moudjahidin haben sich islamische Fundamentalisten aus anderen Ländern als Freiwillige in Peshwar ausbilden lassen. Man schätzt die Zahl der Araber unter ihnen auf 8000 bis 12 000; sie stammen u. a. aus Algerien, Ägypten und dem früher palästinensischen Teil Jordaniens und führen heute, nach ihrer Rückkehr in ihre Ursprungsländer, dort entsprechende Terroraktionen durch. Auch diese Ägypter, Algerier und Palästinenser tragen den Namen «*al-Afghan/Die Afghanen*», weil sie in Peshwar ausgebildet worden sind und sich am Afghanistan-Krieg beteiligt haben. Zur besseren Identifikation nennt man sie «*die arabischen Afghanen*».

Erst seit dem Anschlag auf das *World Trade Center* in New York, der vom islamischen Ghetto im westlichen Exil vorbereitet und teilweise von sogenannten arabischen Afghanen durchgeführt worden war, hat man im Westen begonnen, die Frage zu stellen: «*Wie bedrohlich ist der islamische Fundamentalismus?*» Einer der New Yorker Terroristen hat eine charakteristische Biographie: Der Fundamentalist *Mohammed Abou-Halima* ist ein Ägypter, der früher in Deutschland lebte und ordnungsgemäss die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat. Er wurde in Peshwar als Guerilla-Kämpfer ausgebildet. Nach der Übersiedelung nach New York diente Abou-Halima als Fahrer dem blinden, durch seine *CNN*-Auftritte weltberühmt

gewordenen Fundamentalistenführers, Scheich *Omar Abdulrahman*, der aufgrund einer entsprechenden *Fetwa* zu den geistigen Anstiftern der Ermordung des früheren ägyptischen Präsidenten *Sadat* gehörte; von seinem fundamentalistischen Exil im Sudan aus erwarb er das amerikanische Visum, um in die USA auszuwandern. Von dort dirigierte er bis zu seiner Verhaftung von der Moschee der Stadt Jersey aus weltweit Terroraktionen, die er jedoch nach den entsprechenden Enthüllungen heute bestreitet. Er behauptet, er betreibe nur die «*Da'wa*», d. h. den Aufruf zum Islam!

Terror kann keine «*Da'wa*» zum Islam sein und ist mit dem Islam unvereinbar. Es ist im Interesse der Muslime selbst, und insbesondere der Diaspora-Muslime, nicht mit diesen Terrorakten in irgendeinen Zusammenhang gebracht zu werden. *William Safire* hat in der «*New York Times*» mit Recht vor Islam-Feindbildern gewarnt und die Muslime selbst aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, um solche Feindbilder nicht aufkommen zu lassen. «*Muslime können selbst den Terrorismus bekämpfen, indem sie es ablehnen, von einer gewalttätigen Minderheit unter ihnen eingeschüchtert zu werden (...) indem sie die auf dem Recht basierende weltweite Zählung dieses Fanatismus gutheissen und anerkennen, dass das nur den Islam stärken kann*» (NYT vom 18. März 1993).

Es ist für den Islam schädlich, wenn naive Diaspora-Muslime in fragwürdiger Solidarität Verständnis für die Motive der fundamentalistischen Aktionisten aufbringen. Muslime müssen, wie der bereits zitierte Mubarak, durch Taten beweisen, dass es wichtig ist, zwischen dem Islam als einer Weltreligion und dem Fundamentalismus als der neuesten Spielart des Totalitarismus zu unterscheiden.

Bei aller Kritik am Fundamentalismus ist es zudem wichtig zu wissen, dass nicht alle Fundamentalisten Terroristen sind wie etwa «*die arabischen Afghanen*» – Es muss zwischen der normativen Weltsicht des Fundamentalismus und den politischen Strömungen der militanten Islamisten, unter denen der Terrorismus nur eine Richtung bildet, klar unterschieden werden.

Bei all diesen Richtungen können wir von einer Verwandlung des Islam in einen Islamismus in der Bedeutung von Fundamentalismus sprechen. Als Wissenschaftler will ich nicht verschweigen, dass die Weltsicht des Islamismus, d. h. jener politischen Ideologie, welche die Welt in die Wir-Gruppe des Islam und die Wir-Gruppe der anderen als Feinde teilt, heute die in der gesamten Welt des Islam am weitesten verbreitete Weltsicht ist. Es handelt sich um eine ganzheitliche, stark theozentrisch geprägte Sicht der Welt, die sich, obwohl von der Moderne beeinflusst, gegen die kulturelle Moderne und gegen den Westen als Gesamtheit richtet. Der *terroristische* Zweig des Islamismus ist wohl *nur eine vorübergehende Zeiterscheinung*. Aber der Weltsicht-Fundamentalismus ist die Basis der Anfeindungen zwischen den

historisch belasteten Zivilisationen, weshalb er gleichermassen interessant und beunruhigend ist. Vertreter des politischen Islam versuchen, diesen Weltsicht-Fundamentalismus zu ihren Gunsten auszuwerten. In erster Linie handelt es sich darum, Anhänger für ihre Vorstellung von «*Hakimiyat-Al-lah/Gottesherrschaft*» zu gewinnen. Diese Herrschaft soll zunächst in der Welt des Islam nach dem Sturz der gegenwärtigen Regierungen, dann in der ganzen Welt – wenn die Muslime stark genug hierfür sind – errichtet werden. Gewiss ist das Phantasie und Rhetorik der Ohnmacht, denn die fundamentalistische Bewegung unserer Gegenwart ist viel zu schwach, um so ein Ziel realisieren zu können; sie ist dazu noch heterogen und in sich gespalten – übrigens ähnlich wie die Kommunisten von 1917 im Exil. Aber wir tun alle gut daran, uns bis zum Beginn des kommenden Jahrhunderts auf viele unangenehme Überraschungen gefasst zu machen ...

Islamismus als neues Feindbild?

Nach Auffassung einiger europäischer Intellektueller muss der Fundamentalismus heute als Feindbild-Ersatz für den weltpolitisch obsolet gewordenen Kommunismus erhalten. In diesem Lichte erscheint der neue Totalitarismus manchem schlicht als eine Fiktion. Dagegen werden andere Europäer durch die oft rhetorischen Aufrufe militanter Muslime zu einer islamischen Weltordnung dermassen verängstigt, dass sie schon heute das Abendland in Gefahr sehen. Ist der islamische Fundamentalismus wirklich eine auf den Aufbau eines Feindbildes hinzielende Erfindung berechnender westlicher Strategen oder eine ernst zu nehmende Gefahr? Bei der Beantwortung solcher Fragen können wir nicht an der politischen Theologie der säkularisierten christlichen Nächstenliebe vorbeigehen, die in jeder Abwehr von Bedrohungen der westlichen Demokratie eine neue Form des Euro-Rassismus argwöhnt. Als ein Muslim, der europäischer Bürger geworden ist, verfolge ich ein doppeltes Ziel: Ich möchte um Verständnis für den Islam werben und zugleich über die Gefahren des Islamismus aufklären.

Jeder, der den islamischen Orient kennt, seine Sprachen versteht und sich dort aufhält, kann die bestehenden politischen Formen des militanten Islam in Wort und Tat im Alltagsleben deutlich erkennen. Der politische Islam ist durch die Migranten auch im Westen präsent. Nur Weltfremde können die in manchen islamischen Zentren der entsprechenden Migranten in Europa gedeihenden Auswüchse des politischen Islam übersehen. Allerdings geht es darum, zwischen Realität und Rhetorik, wirklicher Gefahr und verbaler Bedrohung zu unterscheiden und die Ursachen des neuen Phänomens im Konflikt zwischen verfeindeten Zivilisationen sachlich zu verstehen.

Der Fundamentalismus bezieht sich als Begriff ursprünglich auf den nordamerikanischen Protestantismus. Es ist deshalb legitim zu fragen: Kann

man nun solche militanten Muslime und ihren Islamismus, analog zu den nordamerikanischen protestantischen Puristen, auch Fundamentalisten nennen? Der Begriff «*al-Usuliyya*», der Fundamentalismus bedeutet, kommt weder im Koran noch in der schriftlichen Überlieferung des islamischen Propheten (*Hadith*) vor, er ist also in beiden autoritativen Quellen des Islam ungebräuchlich. Dies ist eine Bestätigung dafür, dass wir es mit einem neueren, primär politischen Phänomen zu tun haben.

Der religiöse Fundamentalismus ist nicht nur eine islamische Erscheinung, sondern er stellt auch ein globales Phänomen dar. Aber – um zwei Beispiele anzuführen – weder der Hindu- noch der Sikh-Fundamentalismus haben universalistische Ziele, obgleich beide gleichermassen aggressiv und militant sind und mit Feindbildern operieren. Sie sprechen jeweils nur die eigene Gemeinschaft an. Die Hindu-Fundamentalisten wollen lediglich einen Hindu-Staat in Indien. Der religiöse Fundamentalismus im Islam greift dagegen auf die islamische Lehre vom Universalismus zurück, politisiert sie und entfaltet auf dieser Basis ein neo-islamisches Konzept eines Islam im Sinne des Islamismus. Das Ziel ist, eine islamische Weltordnung zu errichten. Das ist ein Konzept, das sich weder im Koran noch in irgendeiner anderen Quelle des klassischen Islam finden lässt. Das Konzept ist natürlich vorwiegend rhetorischer Natur. Der unserer Gegenwart entsprungene Islamismus als eine Spielart des Fundamentalismus will seine politische Heilsideologie der «*al-hall al-Islami/Islamische Lösung*» als Heilmittel zur Überwindung der Krise der gesamten Menschheit aufzwingen. Allein die Verwendung einer modernen weltpolitischen Sprache verrät jedoch, dass der islamische Fundamentalismus eine Erscheinung der Moderne ist, so sehr er sich in mittelalterlichen Symbolen als eine Alternative zu ihr präsentiert. Obwohl islamische Fundamentalisten sich in ihrer Rhetorik auf das goldene Zeitalter des Islam im siebten Jahrhundert als ihr Vorbild und Ideal berufen, sind sie, ihre Ideologie und ihre Programme, doch in erster Linie Ausdruck der Konfrontation mit der Moderne. Islamische Fundamentalisten wollen *alle* technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften der Moderne übernehmen, nicht jedoch deren rationales, menschenzentriertes Weltbild; sie wollen die techno-wissenschaftliche Moderne von ihrem säkularen kulturellen Projekt trennen, selektiv und nur instrumentell übernehmen sowie mit der islamischen ganzheitlichen Weltsicht verbinden. Für diese «*Halbierung der Moderne*» habe ich den Begriff des islamischen «*Traums von der halben Moderne*»² geprägt. Es stellen sich hierbei die Fragen: Muss man dieses neue Phänomen auch dann ernst nehmen, wenn man die Tatsache zur Kenntnis nimmt, dass nicht jeder Muslim ein Fundamentalist ist? Und was ist der Inhalt dieses neo-islamischen politischen Phänomens überhaupt? Ist seine Aggressivität eine Bedrohung für den Westen?

Ehe ich auf diese Fragen antworte, möchte ich auf die besorgniserregen-

de, unter den deutschen Linken zu beobachtende Einstellung hinweisen, die alles gutheisst, was anti-westlich ist. In der Schweiz wird diese Richtung durch *Jean Ziegler* vertreten. Die anti-westliche Ausrichtung des Fundamentalismus ist unübersehbar, und so bietet der Islamismus für diesen Kreis einen Anlass zum Bündnis gegen den Westen. Linke Autoren vergleichen den Anti-Fundamentalismus mit dem Anti-Kommunismus und unterstellen ein «*Feindbild Islam*». Auch sie übersehen, dass Islam und Fundamentalismus zwei verschiedene Dinge sind. Als ein Euro-Muslim und deutscher Wahlbürger spüre ich die irrationale Romantik des deutschen Nationalismus in dieser anti-westlichen Orientierung.

Die doppelte Strategie: Dialog mit dem liberalen Islam und Aufklärung über den politischen Islam

Von der gut gemeinten Annahme ausgehend, dass es zur demokratischen politischen Bildung gehört, Feindbilder abzubauen, organisierte eine deutsche liberale Stiftung im November 1992 ein Seminar, um einen Dialog zwischen Deutschen und Vertretern der muslimischen Gemeinde in Deutschland zu ermöglichen. Der eingeladene Vertreter eines der wichtigsten islamischen Zentren in Deutschland freute sich zunächst über die Aufgeschlossenheit seiner Zuhörer und deren bekundete Bereitschaft, den Islam als eine dritte Religionsgemeinschaft in der Bundesrepublik im besonderen und in Europa im allgemeinen anzuerkennen. Zur Überraschung dieser aufgeschlossenen deutschen Bürger meinte dann aber der durch einen entsprechenden Vollbart uniformierte Fundamentalist, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern auch eine Gesellschaftsordnung sei. Wer den Islam anerkenne – so führte er aus –, müsse auch die islamischen gesellschaftspolitischen Konzeptionen akzeptieren. Dabei liess er offen, ob damit auch die Übernahme der *Scharia* in das deutsche Grundgesetz inbegriffen wäre, liess jedoch keinen Zweifel aufkommen, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern auch eine politische Ordnung sei. Diese Islam-Deutung gibt die Hauptidee der islamischen Fundamentalisten wieder. Ihr Ziel ist die Gottesherrschaft/*Hakimiyat Allah*. Weil der Islam für die gesamte Menschheit gelte, sei auch diese göttliche Ordnung für alle Menschen vorgesehen. Das ist aber eine Auffassung vom politischen Islam als einer Ideologie, nicht als einer göttlichen Religion, an die 1,2 Milliarden Menschen glauben.

Im Ergebnis hatte die erwähnte liberale Stiftung als Veranstalterin ihr Ziel verfehlt. Anstelle des anvisierten Verständnisses für den Islam in Europa erreichte sie nur, wogegen sie angetreten war: Die deutschen Bürger gingen – nach ihren eigenen Aussagen – voller Angst vor dem islamischen Gottesstaat und mit Feindbildern beladen nach Hause. Das ist natürlich

keine Lösung. Statt Frontlinien zwischen den Zivilisationen brauchen wir Brücken der Verständigung. Wenn nun jedoch fundamentalistische Migranten im Exil Frontlinien statt Brücken aufbauen, dann werden sie in doppelter Hinsicht zu einem Sicherheitsrisiko. Als Beispiel sei hier die islamische Gemeinde in London angeführt, deren Sprecher, der Pakistaner *Kalim Siddiqi*, zu den rhetorisch stärksten anti-westlichen Stimmen in ganz Europa gehört. Siddiqi wurde durch sein lautstarkes Eintreten für den Vollzug der *Khomeini-Fetwa* gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, d. h. als Fürsprecher dessen Tötung bekannt. Derselbe britische Muslim Siddiqi lehnt das britische Parlament ab und hat deshalb das britische muslimische Parlament in London im Januar 1992 mit der Begründung eröffnet, «*dass die muslimische Gemeinschaft Grossbritanniens ein eigenes politisches System bildet, welches Anrecht auf einen Platz unter den wichtigsten Institutionen hat*» (nach NZZ vom 6. Januar 1992).

Der aufgeklärte Muslim *Aziz al-Azmeh*, der an der britischen Universität Exeter lehrt, hat eine solche Handlung als einen «*islamischen Separatismus*» bezeichnet. Man sollte sich über das muslimische Parlament in London nicht lustig machen, sondern darin eine Gefahr für ein friedliches Zusammenleben der westlichen und der islamischen Zivilisationen sehen, die zumal die islamische Gemeinde entlang der geographischen Grenzen Europas und zum anderen im europäischen Haus lebt, in dem sich die Zahl der Migranten immer mehr vergrößert.

Es gilt, einerseits einen Dialog mit den *dialogfähigen* Vertretern der islamischen Religion anzustrengen und andererseits parallel dazu gegen die politischen Auswüchse des Fundamentalismus Aufklärungsarbeit zu leisten. Weil es wichtig und von zentraler Bedeutung ist, muss wiederholt werden, dass die Differenzierung zwischen Fundamentalismus als politischer Ideologie und Islam als religiösem Glauben nicht von der Notwendigkeit entbindet, demokratische Forderungen an die in Europa lebenden Muslime, die Bürgerrechte für sich in Anspruch nehmen wollen, zu stellen. Die Anerkennung des Islam in Europa darf nicht jenseits von Demokratie und Moderne bedingungslos erfolgen: Religionsfreiheit ist eine verfassungsmässig geschützte Norm für Individuen als Bürger. Eine politische, an der *Scharia* orientierte Gemeinde, verstanden als eine Verlängerung des «*Dar al-Islam/Haus des Islam*» auf europäischem Boden, geht nicht konform mit den europäischen säkularen Verfassungen.

Bei der Abgrenzung des Islam vom Fundamentalismus müssen wir uns die historische Tatsache vergegenwärtigen, dass der Islam auf eine dreizehn Jahrhunderte alte Religion und Kultur zurückblicken kann, die auf ihrem Höhepunkt einen Zivilisationsprozess hervorgebracht hat, von dem auch Europa profitierte. Der klassische islamische Rationalismus im Hochislam des Mittelalters, der Glanzperiode des Islam, hat seine positiven

Spuren auch in Europa hinterlassen. Dagegen ist der Fundamentalismus eine politische Ideologie jüngeren Datums; sie ist nicht älter als etwa zwei-einhalb Jahrzehnte. Wir können sie ohne Einschränkung als eine neue Variante des Totalitarismus umschreiben. Islamische Fundamentalisten haben eine Vorstellung von einer Gottesherrschaft, die sie – wie ausgeführt – «*Hakimiyat Allah*» nennen und ein Konzept von einem «*Nizam Islami/ Islamischen System*» entwickelt, welche sie in ihrem Wunschdenken auf die gesamte Welt, notfalls mit Gewalt, übertragen wollen. Nur fehlen ihnen hierzu noch die Mittel, so dass es beim «frommen Wunschdenken» und einer heftigen anti-westlichen Rhetorik bleibt.

Islamismus bedroht auch die Mehrheit der Muslime

Zentrale Glaubenssätze der islamischen Fundamentalisten: «*Hakimiyat Allah/Gottesherrschaft*» und «*Nizam Islami/Islamisches System*» kommen nur in den zeitgeschichtlichen Pamphleten islamischer Fundamentalisten vor und finden sich nicht in den islamischen Gesetzen. Präsident Mubarak hat ein Bündnis liberaler Muslime mit demokratischen Staaten im Kampf gegen die Terroraktionen islamischer Fundamentalisten angeboten. Der Fundamentalismus bedroht nicht nur den Westen, sondern auch die Muslime selbst in ihrer Entwicklung. Die Fundamentalisten, eine Minderheit, wollen die Mehrheit der Muslime mit Gewalt zu dem treiben, was sie für den «richtigen Islam» halten.

Die Fundamentalisten werden in der Welt des Islam selbst vom politischen Establishment unter Rückgriff auf einen klassischen islamischen Begriff aus den mittelalterlichen Sektenkämpfen als «*Ghulat/Fanatiker*» bezeichnet. Der ägyptische Richter, Islamexperte und Berater des ägyptischen Präsidenten, *Muhammed Said al-Aschmawi*, hat diese Fundamentalisten als irregeleitete Muslime charakterisiert und sie unter Rückgriff auf die islamische Sektengeschichte als *Khawaridj* bezeichnet. Die *Khawaridj*-Sekte entstand bereits im siebenten Jahrhundert und stand, wie schon der Name, die Ausgetretenen (das arabische Verb «*Kharadja*» bedeutet «verlassen»), sagt, ausserhalb der islamischen «*Umma/Gemeinschaft*». Indem das islamische Establishment die Fundamentalisten als *Khawaridj* abstempelt, grenzt es sie aus der islamischen *Umma* aus. Das ist eine alte islamische Methode zur Ausgrenzung einer jeden Opposition, und so kann man heute mit dem Fundamentalismus nicht umgehen, so totalitär er auch ist. Man muss sich mit jeder Opposition demokratisch auseinandersetzen. Obwohl von einer organisierten Minderheit artikuliert, stellt der Fundamentalismus in unserer Gegenwart die Hauptopposition im islamischen Orient dar.

Der respektable islamische Jurist *al-Aschmawi* wie auch andere etablierte Islam-Gelehrte wollen aber bei ihrer Ausgrenzung der Fundamentalisten

nicht erkennen, dass diese seit der neo-islamischen Offenbarung ihres Ziehvaters *Sayyid Qutb* (unter *Nasser* 1966 öffentlich gehenkt) genau die islamische Sektengeschichte umkehren, d. h. selbst die *Umma* des real existierenden Islam in unserem 20. Jahrhundert ausgrenzen. Die Fundamentalisten betrachten sich als die wahren Gläubigen und aktualisieren die veraltete klassische islamische Zweiteilung der Welt in zwei historische Perioden: die des Islam, d. h. des Wissens, und die des Vor-Islam, der «*Djahiliyya*», d. h. die der Ignoranz, d. h. des Unglaubens. Die islamischen Fundamentalisten übertragen diese Zweiteilung auf das moderne Zeitalter. Auf dieser Basis entledigen sie sich der ihnen vom islamischen Establishment zugeteilten Rolle als Neo-*Khawaridj*, d. h. als eine Sekte, die die islamische *Umma/Gemeinschaft* aller Muslime verlassen hat. Ganz im Gegenteil zu ihrer Ausgrenzung behaupten sie, dass die heutigen Muslime aufgrund von «*Verführung/Fitna*» und «*Invasion/Ghazu*» durch den Westen vom reinen Islam abgewichen und somit in das vorislamische Zeitalter der «*Djahiliyya*» zurückgefallen seien. Mit anderen Worten: Die Fundamentalisten betrachten sich selbst als die wahre *Umma* und grenzen die Mehrheit der Muslime aus ihr aus. Hierfür übernehmen sie den Begriff «*al-Djahiliyya al-Djadida/Neo-Ignoranz*» von ihrem Ziehvater *Qutb*. Im Ergebnis wird die Mehrheit der Muslime zu einer abweichlerischen Sekte erklärt, während sich die Fundamentalisten selbst zum Kern der aufrechten islamischen *Umma* deklarieren. Das Mittel zur Ausbreitung des wahren Islam ist natürlich die Gewalt des «*Djihad/Heiligen Krieges*».

Westliche Kommentatoren, die mit den inner-fundamentalistischen Debatten im Islam nicht vertraut sind, werden durch die rhetorische Wortwucht der islamischen Fundamentalisten oft eingeschüchtert; sie wissen nicht, dass diese islamische Sekte, die sich zum Kern der *Umma* erhebt, zunächst gegen die Muslime selbst gerichtet ist, die von ihnen als nur «nominell islamisch» abgestempelt werden. Erst nach der Säuberung des islamischen Hauses von den «nominellen Muslimen» wird sich der fundamentalistische *Djihad* gegen den Westen richten. Die Errichtung des «*Nizam Islami/Islamischen Systems*» in der Welt des Islam auf der Grundlage der «*Hakimiyat Allah/Gottesherrschaft*» ist in unserer Gegenwart das vorrangig angestrebte Ziel. Auf lange Sicht soll diese Leistung als eine Basisvoraussetzung für die angestrebte Islamisierung der gesamten Welt auf dem Wege der Errichtung einer islamischen Weltordnung gelten. Die fundamentalistische Utopie lautet: Erst wenn die heutigen 46 islamischen Staaten mit Gewalt in Gottesstaaten – nach Massstäben der *Scharia* – verwandelt worden sind, kann man sich dem Westen, dem «*Territorium der Kreuzzügler*», zuwenden und ihn mit Gewalt islamisieren. Bis diese Aufgabe in die Pläne der Fundamentalisten aufgenommen wird, können Jahrzehnte vergehen. In unserer Gegenwart bleibt das vorläufig reine Rhetorik, zu deren Realisierung die benötig-

ten Mittel fehlen. Vorrangig bleibt somit die Islamisierung der Muslime, d. h. ihre Befreiung von der Neo-*Djahiliyya* mittels Gewalt. Deshalb ist der Fundamentalismus zunächst eine Bedrohung für die Muslime selbst. Es ist aus diesem Grunde aberwitzig, wenn deutsche Linke die Aufklärungsarbeit über den Fundamentalismus als eine «*westliche Strategie zur Errichtung eines Feindbildes Islam*» propagandistisch inkriminieren. Das Hauptobjekt des Fundamentalismus sind in unserer Gegenwart in erster Linie die Muslime.

Islamischer Fundamentalismus und Diaspora-Islam

Durch die Zuwanderung von Muslimen nach Europa ist eine Verbindung von Islamismus und Migration entstanden. Muslime gibt es also nicht nur in der Welt des Islam. In Europa leben zwanzig Millionen Muslime, davon zwölf Millionen in Westeuropa und acht auf dem Balkan. Die *Balkan-Muslime* sind südslawische Europäer, also keine Zuwanderer; sie sind auch keine Fundamentalisten. Unter ihnen boten bisher die – heute von serbischer Seite der Vernichtung ausgesetzten – Bosnier ein Modell für ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen unter den Bedingungen eines säkularisierten demokratischen Staates. Auf dem Balkan agieren die Fundamentalisten in diesem Falle auf der anderen Seite. Das politische Programm der Serben habe ich als *Ethno-Fundamentalismus* bezeichnet³. Serbische Ethno-Fundamentalisten zerstören im Balkankrieg das dort früher praktizierte Modell einer liberalen islamischen Auffassung vom Staat auf dem gesamten Balkan. In der islamischen Welt ziehen dortige Fundamentalisten aus den Verbrechen der serbisch-orthodoxen Ethno-Fundamentalisten bereits ihre eigenen propagandistischen Folgerungen: Christen führen einen erneuten Kreuzzug gegen die islamische *Umma*⁴. Sie haben nie mit Muslimen in Frieden zusammenleben wollen. Es ist wahr: Wenn die islamischen Fundamentalisten auf die Tatsache hinweisen, dass unter Duldung der westlichen christlichen Staaten die bosnischen Muslime von der Mehrheit der Bevölkerung zu Bewohnern von «Reservaten» diskreditiert worden sind, wird man dies kaum mit Tatsachen widerlegen können!

Bevor ich auf die Islamisten unter den Diaspora-Muslimen eingehe, muss ich die von den westlichen Politikern nicht erkannten Konsequenzen ihrer Duldung des grossserbischen Planes auf dem Balkan, im Rahmen dessen die Muslime als ethnische Grossgruppe definiert werden, beleuchten. Ich habe das Verhalten der Muslime in Grossbritannien als einen «*islamischen Separatismus*» bezeichnet und gegen diesen argumentiert, dass die muslimischen Migranten in Europa nur als Individuen, nicht als eine Gemeinde integriert werden müssten. Denn die Alternative hierfür ist stets der Separatismus. Wenn nun westliche Staaten offen zulassen, dass die Muslime auf

dem Balkan gegen ihren Willen als eine zu separierende ethnische Grossgruppe definiert werden, dann dürfen diese Politiker sich nicht wundern, wenn in einem Jahrzehnt die muslimischen Migranten in Europa sich selbst – nach dem bosnischen Modell – als eine ethnische Gruppe definieren und auf dieser Basis separatistische Forderungen stellen. Der Nachteil der Demokratie ist, dass Politiker oft die Folgen der Handlungen ihrer Vorgänger im Amt ausbaden müssen, wenn diese nach den Wahlen abgelöst werden. Selten leiden Politiker in der Demokratie unter den Folgen ihrer eigenen Fehlentscheidungen. Für die meisten unter ihnen umfasst ihre Zeitperspektive beim politischen Handeln nicht mehr als eine Legislaturperiode. (Nur Staatsmänner, von denen es heute kaum noch welche gibt, denken in grösseren Zeitzusammenhängen.) Das scheint mir eine Erklärung für die miserable europäische Politik auf dem Balkan zu bieten. Der jüdisch-amerikanische Politikberater, *Albert Wohlstetter*, hat sehr hellsichtig die gegenwärtige Lage auf dem Balken mit der Formel «*Bosnien ist Zukunft, nicht Geschichte*» umschrieben (*FAZ* vom 10. August 1993). Wenn man erst in Zukunft die Taten der heutigen Politiker durchschaut, ist es dann schon zu spät.

Nicht so liberal und laizistisch – wie die Bosnier – sind die *Diaspora-Muslime* in Westeuropa, die ethnisch eine vielfältige Herkunft haben und Zuwanderer sind. Am besorgniserregendsten unter ihnen ist die Gruppe der aus Südasien (Pakistan und Bangladesch) stammenden Muslime: Diese haben, wie schon ausgeführt, im Januar 1992 in England ein islamisches Gegenparlament gegründet. Ihr Anführer Siddiqi spricht die fundamentalistischen Belange des Islamismus offen aus. Auch in Frankreich sind die vorwiegend aus den Maghreb-Ländern stammenden islamischen Fundamentalisten bestrebt, die dort lebenden Muslime in einer eigenen politischen Gemeinde, einem islamischen Ghetto, zu organisieren; entsprechend lehnen die Islamisten unter ihnen die Integration mit ähnlichen Argumenten wie die von Siddiqi ab. In Deutschland gibt es zwar im stillen wirkende islamische Zentren, aber die Mehrheit der Türken ist offenbar für eine solche fundamentalistische Offenbarung nicht zu gewinnen. Das hat spezifische kulturelle Ursachen und ist auch darin begründet, dass in der Türkei der säkulare *Kemalismus* weitgehend Fuss gefasst hat. Das bedeutet natürlich nicht, dass es in den islamisch-türkischen Zentren und Koran-Schulen in Deutschland keinen Fundamentalismus gibt, ganz im Gegenteil. Einige der islamischen Zentren fundamentalistischer Orientierung, so in Köln, Aachen und Berlin, werden jedoch von arabischen fundamentalistischen Muslimen geleitet. Auch diese sind gegen die Integration und bezeichnen sie fälschlich als eine «*religiöse Diskriminierung*». Insgesamt ist die Lage in Deutschland vergleichsweise besser als in England und Frankreich, weil die Mehrheit der Muslime in diesem Land Türken sind, die im ganzen integrationswilliger sind. In der Schweiz leben nur 100 000 Muslime und in Öster-

reich nur 160 000. Dort erwartet man von ihnen, säkulare Vorstellungen zu akzeptieren, wenn sie europäische Bürger werden und nicht im fundamentalistischen Ghetto leben wollen.

Wie können europäische Rechtsstaaten nur angemessen, aber demokratisch auf den Fundamentalismus der muslimischen Diaspora in Westeuropa reagieren? Wir wissen, dass Fundamentalisten oft als Asylanten (wie z. B. der Anführer der tunesischen fundamentalistischen *al-Nahda-Bewegung* in London oder die FIS-Kader in Paris) unter Ausnutzung der demokratischen Verhältnisse von europäischen Metropolen aus die Fäden zum Untergrund in ihren eigenen Ländern spinnen. Ihr Glaube, «*Demokratie ist ein Kufr/Un-glaube*» (so der Algerier *Ali Benhadj*) scheint sie bei ihrer Ausnutzung der demokratischen Freiheiten für den Fundamentalismus nicht zu stören! Toleranz hat im Rahmen solcher totalitären Vorstellungen keinen Platz.

Euro-Islam oder Ghetto-Islam?

Die Franzosen reagieren auf dieses Phänomen anders als die Deutschen. Die Deutschen sind als Meister der Gesinnungsethik weltbekannt. Der Göttinger Philosoph *Helmuth Plessner*, der nach 1933 ins Exil ging, distanzierte sich von dieser Gesinnungsethik, als er in seinem Werk «*Die verspätete Nation*»⁵ die Deutschen analysierte. Viele linke deutsche Gesinnungsethiker sehen in der Kritik am Fundamentalismus den Versuch, neue «Feindbilder» als Ersatz für den untergegangenen Kommunismus aufzubauen. Die islamischen Fundamentalisten selbst qualifizieren die Kritik an ihren undemokratischen Aktivitäten im Westen mit dem Vorwurf der «*religiösen Diskriminierung*» ab, wobei sie sich fälschlich als Sprachrohr des Islam präsentieren, obwohl sie nicht die islamische Religion, sondern eine totalitäre politische Ideologie vertreten.

Oft wird bei der Diskussion über die Integration auch der islamischen Einwanderer das Wort «*Germanisierung*» verwendet; ja sogar der gesinnungsethische CDU-Politiker *Heiner Geissler* hat in seiner Eloge über seine eigene Idee einer «*Multikulturellen Gesellschaft*» diesen Begriff über Gebühr strapaziert. Im Gegensatz hierzu fordern die Franzosen von den Migrantinnen die Bereitschaft zur Integration im demokratischen Sinne, was wohl nicht mit «*Französisierung*» gleichgesetzt werden kann. Denn Integration der Muslime bedeutet hier die Anerkennung der europäischen Basisgrundsätze der politischen Kultur der kulturellen Moderne: *Laizität*, *Pluralismus* und *Toleranz*, d. h. uneingeschränkte Freiheit des Andersdenkenden, also nicht im Sinne der Duldung der Christen und Juden als Schutzbefohlene/*Dhimmi* unter dem Banner des Islam, wie der mittelalterliche islamische Toleranzbegriff lautet. In einem Expertentreffen am Pariser *Institut du Monde Arabe* habe ich ausschliesslich für die in Europa lebenden Muslime

den Begriff *Euro-Islam*, im Gegensatz zum *Ghetto-Islam*, geprägt und diese Idee in der «*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*» (FAZ 7.12.1993), ausgeführt. Mit Recht nennt der Franzose *Alain Finkielkraut* die Selbstaufgabe der politischen Kultur Europas zugunsten der Dritte-Welt-Einwandererkultur, die weder eine Demokratie- noch eine Menschenrechtstradition hat, «*La Défaite de la Pensée/Die Niederlage des Denkens*». Europäische Selbstverleugnung und das Abschreiben der kulturellen Moderne zugunsten der Multikulturalität von «modern» und «vormodern» bedeutet die Aufgabe der politischen Kultur der laizistischen Demokratie. Das wollen die Franzosen nicht, und die Deutschen könnten – so wie in früheren Phasen der Geschichte – viel von ihnen lernen.

Im Gegensatz zu Frankreich wird in Deutschland das Problem des durch Zuwanderer eingeführten Fundamentalismus durch eine Kombination von deutscher Fremdenfeindlichkeit und deutscher Gesinnungsethik kompliziert. In diesem Fall prallt Ausländerhass, der Deutschland in eine Festung gegen Fremde verwandeln will, auf deutsche gesinnungsethische Fremdenliebe, die Deutschland am liebsten als ein Flüchtlingslager für alle Verfolgten und Verelendeten dieser Welt sehen möchte. Dabei sind für die Betroffenen *Xenophobie/Fremdenfeindlichkeit* und *Xenophilie/Fremdenliebe* zwei Seiten ein und derselben deutschen Medaille. Als ein in Deutschland lebender liberaler Muslim ist meine Angst vor der erdrückenden Fremdenliebe deutscher Gesinnungsethiker nicht geringer als die Angst vor den Leuten, die mir Briefe mit «*Türken raus*» senden, obwohl ich Damaszener und kein Türke bin. Jenseits gesinnungsethischer Debatten müssen die Europäer eine Lösung für die Probleme, die mit der Zuwanderung zusammenhängen, finden und hierbei berücksichtigen, dass der Fundamentalismus-Import keine gesinnungsethische Frage, sondern eine Realität ist. Auf der Dritten Konferenz der Mittelmeerregionen in Taormina/Sizilien haben europäische und islamische Vertreter der Mittelmeerregion Fragen erörtert, die beide Seiten angehen, und auch aus diesem Anlass Probleme der Migration angesprochen. Dort wurden Prognosen über das Bevölkerungswachstum vorgelegt⁶, die folgende Entwicklungen voraussehen: In zwei Jahrzehnten, d. h. im Jahre 2015 wird die Bevölkerung der EG-Länder im Mittelmeerraum nicht mehr als 127 Millionen, verglichen mit 270 Millionen Menschen in den islamischen Mittelmeer-Anrainerstaaten (Maghreb, Ägypten und Türkei), umfassen. Angesichts der Ressourcenknappheit bedeutet das die massive Zunahme der Migration in Richtung Europa. Die Antwort der islamischen Migranten auf die anstehende Frage «*Euro-Islam oder fundamentalistischer Ghetto-Islam?*» wird die Zukunft eines demokratischen Europa entscheidend prägen.

Zusammenfassend kann die Bedeutung des Islamismus auf zwei Ebenen in der Politik angegangen werden: Im Umgang mit der *Islam-Diaspora* im

Westen und im Umgang mit der Europa umgebenden Welt des Islam (von Eurasien, über den Balkan bis hin zum grossen Mittelmeerraum). In Europa ist eine kombinierte, restriktive Einwanderer- und Integrationspolitik das beste demokratische Mittel gegen den Fundamentalismus. Im Umgang mit den islamischen Staaten gilt es, den Dialog mit dem liberalen dialogfähigen Islam als Friedensdialog zu etablieren und zu fördern. Auch muss man hierbei islamischen Staaten helfen, ihre ökonomischen Probleme zu bewältigen. Wie der Fall Algerien zeigt, sind ökonomische Krisen oft der Nährboden für die Mobilisierung der Bevölkerung durch die Islamisten. Als Alternative dazu kann z. B. die Einbindung Marokkos in die *Europäische Gemeinschaft* eine Hilfe gegen den dortigen Fundamentalismus sein. Auch der Türkei sollte man nicht die kalte Schulter zeigen; sie bietet ein säkulares Modell der Mässigung zwischen Zentraleuropa, dem Nahen Osten, dem Balkan und dem islamischen Mittelasien. Dagegen sind realpolitische Geschäfte mit fundamentalistischen Regimen in Iran und Sudan kein Beitrag zu einer glaubwürdigen europäischen Reaktion auf die fundamentalistische Herausforderung. Auch die Tatenlosigkeit des Westens gegenüber den an Muslimen durch die grossserbischen Ethno-Fundamentalisten verübten Verbrechen auf dem Balkan ist nicht dazu angetan, liberale gegen fundamentalistische Muslime zu stärken. Die Europäer seien hier vor den Folgen des praktisch geduldeten Völkermordes an den bosnischen Muslimen noch einmal ausdrücklich gewarnt. Eine reale fundamentalistische Herausforderung⁷ besteht gleichermassen innerhalb Europas und in seiner Umwelt. Die Spannung zwischen westlichen säkularen Wertorientierungen der kulturellen Moderne und den aufkommenden religiös-ethnischen, im Widerspruch dazu stehenden religiösen Ideologien droht einen Konflikt zwischen den Zivilisationen auf globaler Ebene zu entfachen. Der Islamismus ist nicht allein eine Thematik für aussenpolitisch interessierte Zeitungsleser. Der Islamismus ist eine historische Herausforderung an Europa, die leider nur von wenigen Europäern adäquat verstanden wird.

* Redigierte schriftliche Fassung eines Vortrags vor Gästen der Vontobel Holding AG vom 6. September 1993 in Zürich. – ¹ Johan Galtung hat meine Deutung des Islamismus als Fundamentalismus mit der anti-amerikanischen Bemerkung quittiert, «die wahren Fundamentalisten» sässen im «Weissen Haus» in Washington. – ² Bassam Tibi, *Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie*, Frankfurt am Main 1992, Einleitung, Suhrkamp STW 990. – ³ B. Tibi, *Serbischer Ethno-Fundamentalismus gegen den Religionsfrieden*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Januar 1993. – ⁴ B. Tibi, «Das muslimische Blut ist das billigste Blut». *Islamische Fundamentalisten nutzten den Balkankrieg für antiwestliche Propaganda*, *FAZ* vom 1. Juni 1993. – ⁵ Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation*, Neuausgabe Frankfurt am Main 1974. – ⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. April 1993. – ⁷ B. Tibi, *Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik*, zweite Auflage, München 1993.